

Monatsbericht September 2021



Erkenntnisse des LfV zum Monat September 2021

A. Rechtsextremismus, REICHSBÜRGER und SELBSTVERWALTER

I. a) Überblick über alle dem LfV bekannten rechtsextremistischen Aktivitäten

Datum	Ort	Veranstalter	Teilnehmerzahl	Beschreibung
02.09.2021	Cunewalde (Landkreis Bautzen)	REICHSBÜRGER	mind. 20	„Lerngruppentreffen“
03.09.2021	Torgau, OT Staupitz (Landkreis Nordsachsen)	Rechtsextremisten	ca. 100	Konzert mit den Bands „Legion S“ (Tschechien), ENDSTUFE (Bremen) und STAHLKAPPENGLANZ (Sachsen-Anhalt)
04.09.2021	Vogtlandkreis	Partei „DER DRITTE WEG“, Bundesverband	ca. 130	„Wanderung der Vögte“
04.09.2021	Frankenberg (Landkreis Mittelsachsen)	Rechtsextremisten	ca. 60	aufgelöste sog. „Einschulungsfeier“ mit Auftritt der Band KATEGORIE C (Bremen)
05.09.2021	Bernsdorf (Landkreis Zwickau)	Partei FREIE SACHSEN	mind. 40	Sommerfest und Landesmitglieder- versammlung
06.09.2021	Leipzig	BÜRGERBEWEGUNG LEIPZIG 2021	60 – 80	Demonstration



07.09.2021	Freiberg (Landkreis Mittelsachsen)	Partei FREIE SACHSEN	12	Spontankundgebung im Zusammenhang mit einer Wahlkampfveranstaltung
08.09.2021	Chemnitz	IDENTITÄRE BEWEGUNG	mind. zwei	Plakataktion
09.09.2021	Grimma (Landkreis Leipzig)	DER FLÜGEL	ca. 250	Wahlkampfveranstaltung
09.09.2021	Muldental	FREIE SACHSEN	ca. 30	1. Stammtisch der FREIEN SACHSEN im Muldental
11.09.2021	Burgstädt (Landkreis Mittelsachsen)	DER FLÜGEL	ca. 210	Wahlkampfveranstaltung
11.09.2021	Torgau und Bautzen	Partei DER DRITTE WEG	ca. zehn	Informationsstände und Kundgebungen zur Bundestagswahl 2021
11.09.2021	sachsenweit	Partei DER DRITTE WEG	Einzel- personen	Flyerverteilung zur Bundestagswahl 2021
11.09.2021	Torgau, OT Staupitz	Rechtsextremisten	ca. 170	Konzert mit den Bands GESTA BELLICA, FRONT776, ODESSA
13.09.2021	Dresden	Partei FREIE SACHSEN	65	Informationsstand „ <i>Mehr Freiheit für Sachsen</i> “
13.09.2021	Hoyerswerda (Landkreis Bautzen)	IDENTITÄRE BEWEGUNG	mind. zwei	Graffiti-Aktion



13.09.2021	Dresden	PEGIDA	ca. 1.400	237. PEGIDA-Versammlung in Dresden, Redner: u.a. Jens MAIER und Björn HÖCKE
13.09.2021	Leipzig	BÜRGERBEWEGUNG LEIPZIG 2021	60 – 80	Demonstration
15.09.2021	Neuschmölln (Lkr. Bautzen)	REICHSBÜRGER	unbekannt	„Lerngruppentreffen“
20.09.2021	Zittau (Lkr. Görlitz)	PEGIDA	16	Versammlung „Freunde von PEGIDA“, Motto: „Wahrung unserer Grundrechte“
20.09.2021	Leipzig	BÜRGERBEWEGUNG LEIPZIG 2021	60 – 80	Demonstration
22.09.2021	Chemnitz	IDENTITÄRE BEWEGUNG	mind. zwei	Ballon-/Fahnenaktion
24.09.2021	Dresden	IDENTITÄRE BEWEGUNG	mind. sieben	Banneraktion an Autobahnbrücke
26.09.2021	Grimma	VATERLÄNDISCHER HILFSDIENST	mind. 20	„1. Hilfsdiensttreffen“ des „Armeekorpsbezirk XIX“
27.09.2021	Dresden	PEGIDA	mind. 550	Demonstration
27.09.2021	Leipzig	BÜRGERBEWEGUNG LEIPZIG 2021	60 – 80	Demonstration



b) Überblick über die dem LfV bekannte Beteiligung von Rechtsextremisten an nicht-extremistischen Veranstaltungen

Datum	Ort	Anzahl rechtsextremistischer Teilnehmer, bzw. REICHSBÜRGER	Nicht-extremistische Veranstaltung
06.09.2021	Zwönitz (Erzgebirgs- kreis)	Einzelpersonen	nicht angemeldeter Aufzug
11.09.2021	Dresden	mind. zwei	Demonstration
13.09.2021	Zwönitz	Einzelpersonen	nicht angemeldeter Aufzug
16.09.2021	Bautzen	mind. sechs	Informationsstand
18.09.2021	Dresden	mind. zehn	Sommerfest
20.09.2021	Döbeln	mind. eine Person	Kundgebung
21.09.2021	Bautzen	50-60	Kundgebung
20.09.2021	Zwönitz	Einzelpersonen	nicht angemeldeter Aufzug
27.09.2021	Zwönitz	Einzelpersonen	nicht angemeldeter Aufzug



Im September 2021 fanden zudem in verschiedenen Orten des Freistaates Sachsen weitere coronabezogene Protestaktionen statt, an denen sich auch Rechtsextremisten und REICHSBÜRGER beteiligt haben können.

II. Relevante (herausragende) Einzelereignisse im Berichtsmonat

- **2. und 15. September 2021: REICHSBÜRGER veranstalten „Lerngruppentreffen“**

Dem Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen wurde bekannt, dass die Reichsbürgergruppierung EWIGER BUND/VATERLÄNDISCHER HILFSDIENST sogenannte „Lerngruppentreffen“ abhält. Der EWIGE BUND vertritt die Auffassung, dass sich Deutschland bzw. das Deutsche Reich immer noch im Kriegszustand befinde und deswegen handlungsunfähig sei. Sämtliche Gesetze nach 1918 seien ungültig. Die geltende Verfassung sei die vom 16. April 1871.

Ein erstes Treffen der sogenannten „Lerngruppen“ soll bereits am 25. August 2021 in Neugersdorf (Landkreis Görlitz) stattgefunden haben, ein zweites an einem unbekanntem Ort, das dritte am 2. September 2021 in Cunewalde sowie eine vierte Veranstaltung am 15. September 2021 in Neuschmölln. Dort soll, nach eigenen Angaben, darüber gesprochen worden sein, wie es Eltern möglich sei, ihre Kinder von der Schulpflicht zu entbinden. Der EWIGE BUND beruft sich im Zuge dessen auf die „*gültige Reichsverfassung von 1871*“.

Auf der zugehörigen Internetseite wird deutlich, dass mithilfe dieser sogenannten „Lerngruppentreffen“ den Kindern die Ideologie der REICHSBÜRGER nähergebracht werden soll. Dafür gibt es eine eigene Bibliothek mit Schriften, die vor 1918 erschienen sind und somit nach Auffassung der Reichsbürgergruppierung EWIGER BUND „*dem gültigen Recht*“ entsprechen.

- **4. September 2021: Konzert im Rahmen einer „Einschulungsfeier“**

Unter dem Deckmantel einer „Einschulungsfeier“ sollte in Frankenberg ein Konzert der Gruppe KATEGORIE C (Auftritt des Sängers und des Gitarristen) stattfinden.

Durch die Polizei konnte ein mögliches Veranstaltungsobjekt in Frankenberg auf einem brachliegenden Gelände mit veralteten Fabrikgebäuden aufgeklärt werden.

Gegen 19.30 Uhr konnte aus der Veranstaltung heraus Livemusik mit Liedtexten von KATEGORIE C vernommen werden. Gegen 20.30 Uhr war die Livemusik zunächst beendet. Gegen 21.00 Uhr setzte wieder Musik ein, welche gegen 21.55 Uhr beendet wurde. Dabei wurde durch die Polizei das Abspielen von indizierten Liedern der Band LANDSER festgestellt. Durch die Staatsanwaltschaft wurde daraufhin die Durchsuchung des Objektes und die Identitätsfeststellung der Anwesenden angeordnet. Damit sollten auch Sänger, die den Tatbestand der Volksverhetzung (indizierte Texte) erfüllten, erfasst werden.

Durch die erfolgreiche Aufklärungsarbeit der Polizei konnte der Veranstaltungsort aufgeklärt und das Ereignis vorzeitig beendet werden.

- **5. September 2021: Landesmitgliederversammlung und Sommerfest der Partei FREIE SACHSEN**

Auf der Internetseite der FREIEN SACHSEN berichten diese über ein am 5. September 2021 durchgeführtes Sommerfest „im Großraum Chemnitz“. Dabei stand „... *neben ein paar formalen Erledigungen (die im Rahmen einer Landesmitgliederversammlung abgehalten werden) Kontaktknüpfung und Austausch im Vordergrund*“.

- **13. September 2021: 237. PEGIDA-Versammlung in Dresden**

Die PEGIDA-Kundgebung wurde von Beginn an durch Gegendemonstranten massiv akustisch gestört. Seitens der Veranstalter wurde daraufhin zwischenzeitlich ein Abbruch der Versammlung in Erwägung gezogen. Um die Situation zu entspannen, wurde der „Spaziergang“ zeitlich vorgezogen. Auch dieser wurde teilweise durch Sitzblockaden behindert.

Die FLÜGEL-Gastredner Jens MAIER und Björn HÖCKE sprachen im Anschluss an den „Spaziergang“ auf der Abschlusskundgebung.

Im Rahmen der Veranstaltung wurden mehrere Fahnen der IDENTITÄREN BEWEGUNG festgestellt.

Bis kurz vor der PEGIDA-Kundgebung hatte die Partei FREIE SACHSEN einen Informationstisch ebenfalls auf dem Wiener Platz aufgebaut. Vertreter der FREIEN SACHSEN nahmen im Anschluss vereinzelt an der PEGIDA-Veranstaltung teil.



III. Fazit, Ausblick, Konsequenzen

DER FLÜGEL nutzte die Plattform PEGIDA als Wahlkampf Bühne für die Bundestagswahl. Insbesondere der Auftritt Björn HÖCKES führte dazu, dass die Teilnehmerzahl im Vergleich zu vergangenen PEGIDA-Veranstaltungen höher war. Obwohl es sich um eine von PEGIDA organisierte Versammlung handelte, kann die Veranstaltung zugleich als die größte Wahlkampf Kundgebung unter FLÜGEL-Beteiligung im Freistaat Sachsen im Jahr 2021 gewertet werden. Dies zeigt einmal mehr die Bereitschaft der FLÜGEL-Anhänger, mit anderen erwiesenen rechtsextremistischen Bestrebungen zusammenzuarbeiten. Ein geschlossenes und öffentlichkeitswirksames Zusammengehen oder Solidaritätsbekundungen seitens der FREIEN SACHSEN mit PEGIDA waren indes nicht feststellbar.



B. Linksextremismus

I. a) Überblick über alle dem LfV bekannten linksextremistischen Aktivitäten

Datum	Ort	Veranstalter	Teilnehmerzahl	Beschreibung
04.09.2021	Plauen	FAU	n.b.	Kundgebung anlässlich der Eröffnung des Büros der FAU-Plauen unter dem Motto: „Gewerkschaften in die Offensive!“
07.09.2021	Dresden	AUTONOME, darunter URA DRESDEN	20	Unangemeldete Soli-Demonstration anlässlich des Prozessbeginns im § 129-Verfahren am OLG Dresden
11.09.2021	Dresden	MLPD	10	Wahlkampfstand der MLPD i.Z.m. der Bundestagswahl
13.09.2021	Chemnitz	MLPD	n.b.	Wahlkampfstand der MLPD i.Z.m. der Bundestagswahl
27.09.2021	Leipzig	AUTONOME	60	Spontandemonstration „Leipzig gegen Nazis“



b) Überblick über die dem LfV bekannte Beteiligung von Linksextremisten an nicht-extremistischen Veranstaltungen

Datum	Ort	Anzahl linksextremistischer Teilnehmer	Nicht-extremistische Veranstaltung
06.09.2021	Leipzig	unbekannte Anzahl an Linksextremisten	Beteiligung an Protesten gegen „Querdenken“-Veranstaltung
08.09.2021	Dresden	unbekannte Anzahl an Linksextremisten	Beteiligung an einer Soli-Kundgebung anlässlich des Prozessbeginns im § 129-Verfahren am OLG Dresden
13.09.2021	Dresden	150	Beteiligung an Protestaktionen gegen eine Versammlung von PEGIDA
15.09.2021 - 19.09.2021	Dresden	unbekannte Anzahl an Linksextremisten	Beteiligung an „Libertären Tagen“ (LITA)
18.09.2021	Leipzig	1.000	Beteiligung an bundesweiter Demonstration „Wir sind alle LinX“
26.09.2021	Chemnitz	unbekannte Anzahl an Linksextremisten	Beteiligung an Spontandemonstration i.Z.m. der Bundestagswahl
27.09.2021	Leipzig	unbekannte Anzahl an Linksextremisten	Beteiligung an Demonstration „Für Sachsen reicht's - Keine Akzeptanz der AfD“ i.Z.m. der Bundestagswahl
30.09.2021	Chemnitz	unbekannte Anzahl an Linksextremisten	Beteiligung an Versammlung unter dem Motto: „Gegen Polizeiwillkür - Jugend braucht Frei(t)räume“



II. Relevante (herausragende) Einzelereignisse im Berichtsmonat

- **Eröffnung eines FAU-Büros in Plauen**

Am 4. September eröffnete die anarchosyndikalistische FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION (FAU) ein neues Gewerkschaftslokal in der Plauener Innenstadt. Unter dem Motto „*Gewerkschaften in die Offensive!*“ lud sie zu einer Kundgebung mit Redebeiträgen und Livemusik ein. In der Spitze nahmen etwa 70 Personen an der störungsfrei verlaufenen Versammlung teil. Gemäß Ankündigung auf der zugehörigen Internetseite sollen in dem Büro zukünftig Sprechstunden durchgeführt und „*über unsere Arbeitskämpfe und unsere gesellschaftlichen Visionen*“ informiert werden.

Die FAU ist die mitgliederstärkste anarchistische Gruppierung in Deutschland. Die sächsischen Syndikate Leipzig und Dresden weisen seit Jahren steigende Mitgliederzahlen auf. Bereits im Vorjahr eröffnete das ALLGEMEINE SYNDIKAT LEIPZIG der FAU (FAU LEIPZIG) ein eigenes Büro. Zwar ist die FAU PLAUEN nach eigenen Angaben weiterhin organisatorisch der FAU JENA angegliedert, jedoch dürfte auch hier ein Mitgliederanstieg die Notwendigkeit eines eigenen Büros vorangetrieben haben. Bisher existierte in Plauen lediglich eine Kontaktanschrift der FAU.

- **Solidarisierungsaktionen anlässlich der Eröffnung der Hauptverhandlung gegen Lina E. und weitere Angeklagte wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung**

Der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Dresden hat am 8. September das Hauptverfahren gegen Lina E. und drei weitere Angeklagte eröffnet. Der Generalbundesanwalt legt den Angeklagten die mitgliedschaftliche Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung sowie die damit verbundene Begehung mehrerer gefährlicher Körperverletzungen und anderer begleitender Straftaten zur Last. Im Zusammenhang mit dem Prozessauftritt kam es am 7. und 8. September zu zwei Aktionen von bzw. unter Beteiligung von Linksextremisten:

Am 7. September fand in der Dresdner Neustadt gegen 21:15 Uhr eine kurze unangemeldete Spontanversammlung statt. Etwa 20 mit Masken und Kapuzen vermummte Linksextremisten zogen fußläufig unter Zünden von Pyrotechnik vom Martin-Luther-Platz zur Rothenburger Straße. Darunter befanden sich auch Mitglieder der linksextremistischen UNDOGMATISCHEN RADIKALEN ANTIFA DRES-

DEN (URA DRESDEN), die in sozialen Medien sowie auf „de.indymedia.org“ Soli-Einträge veröffentlichten. An der Kreuzung Rothenburger Straße/Louisenstraße löste sich die Gruppe auf, und die Personen entfernten sich in unterschiedliche Richtungen. Polizeibeamte ermittelten einzelne Beteiligte in der näheren Umgebung und stellten die Identitäten der Männer im Alter von 21 bis 28 Jahren fest. Diese sind dem LfV Sachsen bislang nicht aus linksextremistischen Zusammenhängen bekannt gewesen.

Am 8. September beteiligten sich zahlreiche Linksextremisten aus Sachsen und anderen Bundesländern an einer Soli-Kundgebung unter dem Motto *„Für einen starken und konsequenten Antifaschismus, das Ende der Kriminalisierung und die sofortige Freilassung von Lina“* im Bereich des OLG Dresden. Störungen wurden nicht bekannt. Die URA DRESDEN berichtete auf ihrem Twitter-Account live von der Versammlung. Auch die linksextremistische INTERVENTIONISTISCHE LINKE (IL) hatte auf die Versammlung hingewiesen.

Für den Prozessbeginn war eine bundesweite Mobilisierung innerhalb der linksextremistischen Szene feststellbar. Es existierten mehrere maßgebliche Mobilisierungsaufrufe mit linksextremistischem Duktus. So veröffentlichte zum Beispiel der Bundesvorstand des linksextremistischen ROTE HILFE E. V. eine „Solidaritätserklärung“, in der es hieß: *„Zusätzlich zur bereits laufenden Kampagne der Roten Hilfe e.V. ‚Wir sind alle Antifa - Wir sind alle LinX‘, die laufende Verfahren und staatliche Repressionsangriffe gegen Antifas zusammenfasst, hat sich nun das Solidaritätsbündnis Antifa Ost gegründet. Mit der Homepage [...] und Demonstrationen rund um den Prozessauftakt zeigt sie den Angeklagten, dass sie nicht allein sind.“*

Das oben genannte, neue „Solidaritätsbündnis Antifa Ost“ veröffentlichte eine Stellungnahme, in der die den Angeklagten vorgeworfenen Angriffe und Straftaten legitimiert und gerechtfertigt werden: *„Nicht die Faschisten und ihre Terrorpläne werden öffentlich problematisiert, sondern jene, denen vorgeworfen wird, sich gegen diese eingesetzt zu haben, werden als Terroristen dargestellt. [...] Konsequenter Antifaschismus ist kein Verbrechen, sondern legitim und notwendig.“* Darüber hinaus hatte die linksextremistische UNDOGMATISCHE RADIKALE ANTIFA (URA DRESDEN) als Teil dieses „Solidaritätsbündnisses“ zu der oben genannten Kundgebung aufgerufen. Auf dem auch von Linksextremisten genutzten Portal „de.indymedia.org“ war in mehreren Beiträgen ebenfalls zum Prozessbeginn mobilisiert worden.

- **Brandstiftung an einem Ingenieurbüro in Dresden**

Am 17. September wurde zwischen 00:30 und 00:50 Uhr ein Ingenieurbüro auf der Königsbrücker Straße 96 in Dresden attackiert. Drei unbekannte, schwarz gekleidete Personen schlugen mit Pflastersteinen zwei Fensterscheiben ein und warfen Brandsätze in das Gebäudeinnere. Ein Brandsatz erlosch von selbst, der andere wurde gelöscht. Es entstand ein Sachschaden in unbekannter Höhe. Weiterhin wurde ein PKW (Mercedes), welcher auf dem Parkplatz geparkt war, mittels Brandsatz vermutlich durch die gleichen Tatverdächtigen in Brand gesetzt. Es entstand ebenfalls Sachschaden in unbekannter Höhe. Erste Ermittlungen ergaben, dass die geschädigte Firma Planungen für sensible öffentliche Auftraggeber (unter anderem Justizbehörden) übernimmt und auch Aufträge für den BOS-Funk (für Justiz und Polizei) bearbeitet. Der Firma obliegt außerdem die Planung für den Neubau der JVA Zwickau.

Am 18. September wurde hierzu ein Selbstbeziehungsschreiben von den Autoren „*Einige Autonome*“ unter dem Titel „*[DD] Büro von Knastprofiteuren angezündet - Freiheit für Lina!*“ veröffentlicht. Hier wird als ein Grund für die Tat angegeben: „*(...) motivierte uns zu dieser Aktion vor allem die immer noch andauernde Inhaftierung von Lina und der Prozessbeginn gegen sie und weitere Gefährt*innen (...)*.“ Anschließend werden die den Angeklagten vorgeworfenen Angriffe und Straftaten legitimiert und gerechtfertigt: „*Da der Staat die Grundlage des Faschismus ist, kann der Kampf gegen den Faschismus sich nicht auf die vom Staat zugelassenen Mittel beschränken. Faschisten müssen auch militant angegriffen werden, sie müssen sich fürchten noch weiterhin aktiv zu sein (...). Wir danken den Genoss*innen, die Faschisten verprügeln!*“

Darüber hinaus beziehen sich die Autoren auf die Beteiligung des Ingenieurbüros am „*Knastbau in Zwickau*“. Sie schreiben: „*Wir hoffen, dass durch den Brand der reibungslose Ablauf weiterer Knastplanungen gestört werden konnte und die Firma versteht: Wer am Bau von Knästen verdient, wird die Konsequenzen tragen müssen!*“ Weiter heißt es: „*Auf dem Gelände fanden wir zusätzlich noch einen Bonzenschlitten, wir setzten ihn kurzerhand in Brand.*“ Abschließend grüßen die anonymen Autoren die inhaftierten „Lina E.“, „Ella“ (inhaftierte Waldbesetzerin, Hambacher Forst) und „Boris“ (inhaftierter französischer Anarchist). Das Selbstbeziehungsschreiben zu diesem Brandanschlag wurde auf englisch- und französischsprachigen anarchistischen Plattformen geteilt. Aktionen gegen sogenannte „*Knastprofiteure*“ stoßen regelmäßig auf breite Resonanz, insbesondere bei gewaltbereiten Linksextremisten, die sich als Anarchisten verstehen.

- **Linksextremisten beteiligen sich an bundesweiter Demonstration in Leipzig**

Am 18. September beteiligten sich in Leipzig insgesamt etwa 3.500 Personen an der bundesweiten, nicht-extremistischen Demonstration „*Wir sind alle Antifaschist:innen – Wir sind alle LinX*“, darunter etwa 1.000 AUTONOME. Zu den Teilnehmern gehörten unter anderem die sächsischen linksextremistischen Gruppen UNDOGMATISCHE RADIKALE ANTIFA (URA DRESDEN) und PRISMA – INTERVENTIONISTISCHE LINKE LEIPZIG. Letztere beteiligte sich auch mit einem Redebeitrag.

Neben einer Mobilisierung durch die bundesweite Kampagne des linksextremistischen ROTE HILFE E.V. „*Wir sind alle Antifa – Wir sind alle LinX*“ wurden weitere Aufrufe zur Teilnahme an der Veranstaltung auf den von Linksextremisten bundesweit genutzten Internetportalen „de.indymedia.org“, „enough is enough 14“ sowie den Online-Kalendern „PLANLOS-Leipzig“ und „Demoaufrufe LE“ verbreitet. Aus dem Bundesgebiet mobilisierten unter anderem die antiimperialistisch ausgerichtete PERSPEKTIVE KOMMUNISMUS (vertreten u.a. in Stuttgart und Hamburg), das ANTIFASCHISTISCHE KOLLEKTIV 069 aus Frankfurt/Main sowie die ANTIFA L HANNOVER. In einer im Internet veröffentlichten „Berliner Erklärung“ mit dem Titel „*Ganz Berlin ist linX - Wir sind alle Antifa*“ wurde zur Begleitung des Prozesses und zur Teilnahme an der Demonstration in Leipzig aufgerufen. Die linksextremistischen Gruppen INTERVENTIONISTISCHE LINKE BERLIN (IL BERLIN) und THEORIE.ORGANISATION.PRAXIS (TOP B3RLIN) unterstützten die Erklärung und mobilisierten zur Versammlung.

Der Demonstrationzug gliederte sich in vier Blöcke. Die Spitze bildete der Block „Wir sind alle LinX“ des gleichnamigen Bündnisses. Diesem folgten der „Internationalistische Block“, der die Kriminalisierung der kurdischen Partei HDP thematisierte, der „Antifaschistische Block“ der Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative“ und abschließend der „Revolutionäre Block“.

In Redebeiträgen und mit Transparenten thematisierten die Demonstranten einen vermeintlichen strukturellen Rechtsextremismus in den Sicherheitsbehörden und forderten die sofortige Entlassung der Linksextremistin Lina E. Außerdem zeigten die Demonstranten ein Transparent mit einer Drohung gegen den Leiter der Abteilung Staatsschutz des Landeskriminalamtes (LKA) Sachsen. Mit dem Schriftzug „*Bald ist er aus Dein Traum, dann liegst Du im Kofferraum*“ wird auf die Morde der Roten Armee Fraktion (RAF) Bezug genommen - explizit auf den Mord am ehemaligen Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer. Aus der Versammlung heraus kam es mehrfach zum Abbrennen von Pyrotechnik. Weiterhin wurden das Gebäude der Polizeidirektion Leipzig sowie mehrere Bankgebäude mit Flaschen, Steinen und Farbbeuteln beworfen.

Nach dem offiziellen Ende der Demonstration errichteten Versammlungsteilnehmer Barrikaden und entzündeten diese. Außerdem wurden Polizisten und deren Fahrzeuge mit Steinen beworfen. Im Bereich der Wiedebachpassage/Bornaische Straße wurden Einsatzkräfte massiv von etwa 500 Personen unter anderem mit Steinen beworfen.

Auf der Internetplattform „de.indymedia.org“ veröffentlichten *„Menschen die sich an dem Riot beteiligt haben“* ein Fazit der Demonstration. Demzufolge sei die Demonstration ein Erfolg gewesen und man habe das Gefühl gehabt, bei *„einer der größten autonomen Demos und Krawallen der letzten 10 Jahre“* mitgewirkt zu haben. Man konnte *„lange ohne Polizeispalier laufen und über mehrere Stunden massiv die Cops angreifen“*.

Die Autoren sehen zwar die Notwendigkeit friedlicher Demonstrationen, um *„anarchistische und linksradikale Anliegen und Forderungen“* zu stellen, betonen aber auch, dass mit derartigen Versammlungen Menschen nicht vom *„militanten Antifaschismus überzeugt“* werden können. Wichtig seien Demonstrationen, *„die Aufstände starten“* und dass es *„unregierbare“* Demonstrationen gäbe.

Das Zeigen des Transparentes gegen den Leiter der Staatsschutz-Abteilung des LKA Sachsen veranlasste das Bündnis „Wir sind alle LinX“ zu einer Reaktion. Während es auf dem Twitter-Account des Bündnisses zunächst noch hieß, *„das Transparent war nicht vom Demokonsens gedeckt und hätte entfernt werden müssen“*, relativierte das Bündnis diese Aussage später. Ihrem im Nachgang veröffentlichten Statement zufolge hält die Kampagne die Debatte um das Transparent nunmehr für *„überzogen und unverhältnismäßig“*. Weiter wird ausgeführt, dass man den *„Macher*innen“* ausdrücklich keine *„RAF-Analogien, sowie Mordphantasien“* unterstelle.



III. Fazit, Ausblick, Konsequenzen

Das Niveau öffentlicher Aktionen von bzw. unter Beteiligung von sächsischen Linksextremisten stieg im September im Vergleich zum Vormonat leicht auf 13 Aktionen an. Regionale Schwerpunkte öffentlicher Aktivitäten waren die Großstädte Leipzig, Dresden und Chemnitz. Inhaltlich griffen Linksextremisten vor allem die Themenfelder Antifaschismus, Antirepression sowie die Bundestagswahl auf.

Das Themenfeld Antirepression, insbesondere der Prozess gegen Lina E., besitzt für die bundesweite AUTONOME SZENE derzeit eine herausragende Bedeutung. Dies zeigt sich unter anderem daran, dass zu der Demonstration am 18. September zahlreiche Teilnehmer aus dem Bundesgebiet anreisten. Für die AUTONOME ANTIFA in der Bundesrepublik und in Leipzig kann diese Demonstration als Mobilisierungserfolg gewertet werden, waren die zurückliegenden Monate doch eher durch eine Mobilisierungsschwäche gekennzeichnet.

Der Prozess gegen die vier Angeklagten wird in der bundesweiten AUTONOMEN SZENE als Zeichen einer sich verstärkenden Repression des Staates („Verfolgungswelle“) gegen linke Strukturen wahrgenommen. Polizei und Justiz verfolgten demnach eine politische Agenda und würden mit ihren Ermittlungen das Narrativ einer „gefährlichen Linken“ bzw. eines „linken Terrorismus“ heraufbeschwören. Es sei eine politische Positionierung gegen den Antifaschismus und ein politisches Instrument, um der „radikalen Linken“ zu signalisieren, man „habe sie auf dem Schirm“. Aus Sicht des nicht-extremistischen „Solidaritätsbündnisses Antifa Ost“ verorte der Staat seine Gegner links und bleibe untätig bei rechtsextremistischen sowie rechtsterroristischen Gefahren.

Die offene Drohung gegen den Leiter der Abteilung Staatsschutz beim LKA Sachsen im Rahmen der Demonstration am 18. September 2021 stellt ein Novum für die AUTONOME SZENE in Sachsen dar. Das Transparent dürfte innerhalb der AUTONOMEN SZENE absehbar für Diskussionen sorgen.

In den sozialen Medien zeigt sich diese Auseinandersetzung bereits: Auf der einen Seite distanzieren sich Teilnehmer und Beobachter von der ausgeübten Gewalt und der gezeigten Drohung gegen eine Person. Dies wäre „kontraproduktiv“ und würde der antifaschistischen Bewegung schaden. Auf der anderen Seite stehen jene, die sich bereits in einem „faschistischen“ Staat wähnen und daher jegliche Form der Gewaltausübung gegen „Nazis“ sowie „faschistische“ Strukturen in Polizei, Justiz

und Verfassungsschutz begrüßen. Diese Kleingruppen interessierten sich offenbar auch nicht für einen durch die Organisatoren im Vorfeld kommunizierten „Demokonsens“. Sie agierten losgelöst und unkontrollierbar von deren bündnisorientierten Erwägungen. Aus ihrer Sicht stellen Distanzierungen im Nachgang lediglich Spaltungsversuche dar. Mit ritualisierten Verweisen auf Polizeigewalt bzw. eine Eskalation durch die Polizei versuchen sie das eigene gewalttätige Handeln üblicherweise zu rechtfertigen. Aufgrund der in diesem Fall jedoch breit dokumentierten defensiven Polizeitaktik gelang es aber erkennbar nicht, die Deutungshoheit über die Ereignisse zu gewinnen. Einerseits sehen sich moderate Kräfte daher gezwungen, Gewalttaten aus den Reihen der Versammlungsteilnehmer nicht nur zu banalisieren („Folklore“, „kraftvoll“, „sarkastisches Transpi“), sondern zu verurteilen. Andererseits wird sich die mehrfach beschriebene Abkopplung von militanten Teilen der AUTONOMEN SZENE vermutlich weiter verschärfen.



C. Islamismus / Islamistischer Terrorismus

Kein Beitrag

D. Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Gruppierungen mit Auslandsbezug (ohne Islamismus)

I. Relevante (herausragende) Einzelereignisse im Berichtsmonat

Veranstaltungen mit Tradition bestimmten den Ereigniskalender der ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK) im September

Zu den alljährlich stattfindenden Veranstaltungen der PKK gehören u. a. der „*Lange Marsch*“ und das „*Internationale Kurdische Kulturfestival*“.

Der „*Lange Marsch*“, eine traditionelle Veranstaltung der europaweit organisierten kurdischen Jugendbewegung, führte in diesem Jahr von Köln nach Aachen und umfasst regelmäßig auch Teilnehmer aus Sachsen. Neben täglichen Demonstrationen, an denen sich jeweils etwa 100 Personen beteiligten, wurde ein Seminar durchgeführt, das dem Austausch über Aktionsformen zur Befreiung Abdullah ÖCALANS diene. Die PKK-Nachrichtenagentur ANF (Sitz Amsterdam, Niederlande) berichtete von einer kämpferischen und entschlossenen Stimmung unter den Teilnehmern. Der Marsch, der überwiegend friedlich verlief, war von vereinzelt Provokationen türkischer Nationalisten begleitet. Dabei soll ein Teilnehmer durch eine Attacke am Kopf leicht verletzt worden sein. Am 16. September 2021 kam es in Aachen zu einem Zwischenfall, bei dem mehrfach „*Jeder Moslem sollte einen Kopfschuss bekommen*“ und „*PKK kämpft!*“ skandiert wurde.

Aufgrund eines Verbots der niederländischen Behörden fand das ursprünglich als „*29. Internationales Kurdisches Kulturfestival*“ geplante Kurdistan-Festival in diesem Jahr als Kundgebung in Landgraaf (Niederlande) statt. Dennoch war die Veranstaltung analog der Vorjahre von kulturellen Beiträgen in Form von kurdischer Musik und Tänze sowie von Informationsständen geprägt. Für die europaweite Teilnahme mobilisierten laut der PKK-Nachrichtenagentur ANF u. a. der PKK-Europadachverband KONGRESS DER KURDISCHEN DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT KURDISTANS IN EUROPA (KCDK-E) und der deutsche Dachverband KONFÖDERATION DER GEMEINSCHAFTEN KURDISTANS IN DEUTSCHLAND E.V. (KON-MED). Zu den Teilnehmerzahlen liegen bisher lediglich Schätzungen vor,

die zwischen 5.000 und 15.000 Personen schwanken. Mit der Veranstaltung demonstrierten Kurden aus ganz Europa gegen die türkische Militäroffensive, gegen das Verbotsverfahren gegen die pro-kurdische HDP und für die Freiheit Abdullah ÖCALANS, was auch in zahlreichen politischen Reden zum Ausdruck gebracht wurde. Die PKK und deren Massenorganisationen waren mit zahlreichen Fahnen und Plakaten sichtbar vertreten. Im Sinne einer gemeinsamen Busanreise nach Landgraaf wurden im Vorfeld auch Reisettermine für Dresden und Chemnitz bekannt gegeben.

II. Fazit, Ausblick, Konsequenzen

Die beiden Veranstaltungen reihen sich in eine Vielzahl anhaltender europaweiter Aktionen ein, mit denen das militärische Vorgehen der Türkei in Südkurdistan kritisiert und auf das Schicksal des inhaftierten PKK-Führers Abdullah ÖCALAN aufmerksam gemacht wird. Der beim „Langen Marsch“ getätigte Gewaltaufruf „Jeder Moslem sollte einen Kopfschuss bekommen“ widerspricht dem Bestreben der PKK, sich als friedliche Gruppierung darzustellen, insbesondere mit Blick auf die aktuellen Bemühungen um eine Aufhebung des PKK-Verbots. Die Veranstaltung in Landgraaf, die bereits im Jahr 2019 in den Niederlanden stattfand, wurde dem im Oktober 2020 bei einem türkischen Luftangriff in Südkurdistan ums Leben gekommenen Sinan Dersim gewidmet. Er war Mitglied des KCDK-E und der VOLKSVERTEIDIGUNGSKRÄFTE (HPG). Das „Internationale Kurdische Kulturfestival“ einem Revolutionär und Märtyrer zu widmen, stellt ein Novum dar und widerspricht ebenfalls dem Bestreben der PKK, als friedliche Gruppierung aufzutreten. Wie bereits in der Vergangenheit, umfasste die europaweite Mobilisierung auch wieder Sachsen.



Herausgeber:

Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen
Neuländer Straße 60
01129 Dresden
Tel.: (0351) 8 58 50
E-Mail: verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de
Internet: www.verfassungsschutz.sachsen.de

Redaktion:

Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktionsschluss:

15. Oktober 2021

